



facing PEACE™

Katharina Boerlin: «Internationale Solidarität funktioniert nur dank Freiwilligenarbeit»

Katharina Boerlin koordiniert die kirchliche Kampagne der Konzernverantwortungsinitiative und ist ehemalige Praktikantin von PBI. Mit Zoe Pauli von PBI sprach sie über ihren beruflichen Weg nach dem Praktikum und darüber, warum Freiwilligenarbeit so wichtig ist.

Inwiefern hat das Praktikum bei PBI deinen Werdegang beeinflusst?

Das Praktikum bei PBI hat mir gezeigt, wie viel Herzblut mit dieser Arbeit verbunden ist und was die Arbeit für die Menschenrechte alles bewirken kann. Diese Erkenntnisse waren ausschlaggebend dafür, dass ich mich für einen Master in Lateinamerikastudien entschieden habe. Im Rahmen meiner Masterarbeit über die Indigenenbewegung der Lenca habe ich Feldarbeit in Honduras geleistet und war dabei in Kontakt mit MenschenrechtsverteidigerInnen vor Ort. Nach dem Studium absolvierte ich ein Praktikum bei Brot für alle und arbeite nun seit 2018 für die Konzernverantwortungsinitiative. Parallel zu meinem beruflichen Werdegang war es mir stets wichtig, freiwillig aktiv zu sein. Ich engagiere mich unter anderem im Verein Honduras Forum Schweiz, in dem wir uns für die Menschenrechte und die Stärkung der Demokratie in Honduras einsetzen.

*Mit Ihrem Legat schützen Sie
MenschenrechtsverteidigerInnen.*

Danke!

Peace Brigades International Schweiz
Im Einsatz für Frieden
und Menschenrechte

Was ist deine persönliche Motivation für ein freiwilliges Engagement?

Bei mir ist Freiwilligenarbeit tief verankert; ein Leben ohne Freiwilligenarbeit kenne ich nicht. Meiner Meinung nach funktioniert internationale Solidarität nur mit Freiwilligenarbeit und Leidenschaft. Freiwillig kann und darf ich mich für etwas engagieren, hinter dem ich zu 100 Prozent stehe. Deshalb gibt es mir auch so viel zurück – mehr als ein 1000 Franken höherer Lohn. Es motiviert mich enorm zu sehen, was meine Arbeit im Kleinen bewirkt.

Du bist beim Sekretariat der Konzernverantwortungsinitiative für die kirchliche Kampagne angestellt. Warum engagierst du dich für diese Initiative?


In den Ländern des Südens gewinnen internationale Konzerne Rohstoffe, transportieren diese ab und zahlen dafür keine oder minime Steuern. Hier in der Schweiz profitieren wir von diesem globalen Geschäft. Für mich ist es daher eine Selbstverständlichkeit, dass wir hier Verantwortung übernehmen müssen, indem wir dafür sorgen, dass die Konzerne für die von ihnen angerichteten Schäden geradestehen müssen.

Wie kann ich mich als Einzelperson für die Initiative engagieren?

Als Einzelperson kannst du einem der mittlerweile 250 Lokal Komitees beitreten, die es in der ganzen Schweiz gibt. Dies ist auch eine gute Möglichkeit, neue Leute aus dem eigenen Quartier kennenzulernen und gemeinsam Veranstaltungen im Zusammenhang mit der Initiative zu organisieren. Um unser Anliegen sichtbar zu machen, gibt es ausserdem die Möglichkeit kostenlos Fahnen und Stofftaschen zu bestellen, auf konzern-initiative.ch/material.

Postcheckkonto:
17-519476-6
IBAN: CH21 0900 0000 1751 9476 6

peacebrigades.ch

 Ihre Spende
in guten Händen.

PBI Schweiz, Gutenbergstrasse 35, CH-3011 Bern
031 372 44 44, info@peacebrigades.ch

 making space for peace

September 2019

 making space for peace



facing PEACE™

PBI bei einer Begleitung in Guatemala

UmweltverteidigerInnen im Visier

Klimawandel und Umweltschutz sind in aller Munde. Weniger bekannt sind die Gefahren, denen VerteidigerInnen von Umweltrechten tagtäglich ausgesetzt sind. Auch viele von PBI begleitete MenschenrechtsverteidigerInnen sind davon betroffen. Die UNO adressiert die Problematik mit einer neuen Resolution und in der Schweiz ruft die Konzernverantwortungsinitiative zum Handeln auf.

Umweltrechte umfassen den Schutz, den Zugang und die Nutzung natürlicher Ressourcen. Bleiben diese Rechte verwehrt, werden grundlegende Menschenrechte verletzt, beispielsweise das Recht auf eine saubere und gesunde Umwelt sowie das Recht auf Zugang zu Trinkwasser. VerteidigerInnen von Menschen- und Umweltrechten kämpfen vielerorts gegen die Ausbeutung natürlicher Ressourcen durch Konzerne, welche gravierende Umweltschäden zur Folge hat. Das Land, auf dem sich die Bodenschätze befinden, wird zudem oft von Unternehmen unrechtmässig in Besitz genommen. Dies, obwohl KleinbäuerInnen und indigene Gemeinschaften dieses Land traditionell bewohnen und bewirtschaften.

Alarmierende Realität in Lateinamerika

Wie die NGO Front Line Defenders berichtet, wurden im Jahr 2018 weltweit 321 MenschenrechtsverteidigerInnen wegen ihrer Arbeit umgebracht – die höchste jemals gemessene Anzahl an Opfern. 77 Prozent der getöteten AktivistInnen waren in den Bereichen der Landrechte, Umweltrechte sowie der Rechte indigener Völker aktiv. Ihr Engagement richtet sich oft gegen die Ausbeutung durch die Bergbauindustrie oder andere Megaprojekte. In vielen Fällen gehen ihnen Drohungen,

Fortsetzung **UmweltverteidigerInnen im Visier**

Diffamierungskampagnen, gerichtliche Schikanen und physische Angriffe voraus. Mindestens 49 Prozent der getöteten AktivistInnen waren bereits Opfer von Morddrohungen. Obwohl sie diese den zuständigen Stellen zuvor gemeldet hatten, erhielten die Opfer nicht die notwendige Unterstützung durch die Behörden.¹

In den PBI-Projektländern in Lateinamerika war die Mordrate an UmweltverteidigerInnen im Jahr 2018 erschreckend hoch. Zwei Drittel der weltweiten Morde im letzten Jahr wurden in Honduras, Guatemala, Mexiko und Kolumbien begangen. Allein in Kolumbien waren es 126. Die Schutzbegleitung von UmweltverteidigerInnen durch PBI ist somit von enormer Bedeutung. Die alarmierenden Zahlen unterstreichen zudem die Wichtigkeit von Advocacyarbeit. Letztere hat zum Ziel, Staaten und die

¹ <https://www.frontlinedefenders.org/en/resource-publication/global-analysis-2018>

Neftalí Reyes Méndez, Educa, Mexiko

«UmweltverteidigerInnen werden systematisch kriminalisiert. Das Rechtssystem sollte nicht Aktivitäten der Unternehmen schützen, die in den meisten Fällen unbestraft bleiben, sondern jene der UmweltverteidigerInnen, die gegen Mega-projekte und Landgrabbing kämpfen.»



Oscar Torres, Bewohner von Pajules und Mitglied des Movimiento Amplio por la Dignidad y la Justicia (MADJ)

«Es geht nicht darum, gegen die Projekte oder Konzerne zu sein, aber wir wollen verteidigen, was uns gehört: der Boden, auf dem wir leben, die Qualität des Wassers und die Gesundheit der Bevölkerung.»

internationale Gemeinschaft dazu zu bewegen, aktiv gegen das hohe Mass an Gewalt und Straflosigkeit von Delikten gegen Land- und UmweltaktivistInnen vorzugehen.

UN-Resolution zum Schutz von UmweltverteidigerInnen

Die UNO nimmt die gefährliche Situation von MenschenrechtsverteidigerInnen ernst. Im März 2019 verabschiedete der UN-Menschenrechtsrat eine Resolution zum Schutz von UmweltverteidigerInnen einstimmig. Das Dokument empfiehlt den Staaten insbesondere, die Arbeit von UmweltverteidigerInnen öffentlich anzuerkennen, sowie Massnahmen zu ergreifen, um Angriffe und Morde zu verhindern. Neben der Verurteilung willkürlicher Festnahmen ruft die Resolution die Staaten auch dazu auf, gegen die Ursachen von Menschenrechtsverletzungen anzukämpfen. Dies kann durch eine Stärkung demokratischer Institutionen, den Kampf gegen Straflosigkeit

und der Verringerung wirtschaftlicher Ungleichheiten erfolgen. Zudem hebt die Resolution das Recht hervor, dass alle betroffenen Parteien bei wirtschaftlichen Grossprojekten im Vorhinein informiert und konsultiert werden. Im Dokument wird schliesslich auch die Gewalt gegen Frauen thematisiert. Eine weitere Deklaration wurde im Dezember 2018 von der UNO-Vollversammlung verabschiedet, die einen besseren Schutz von KleinbäuerInnen und ländlicher Bevölkerung zum Ziel hat: Zugang zu Land und Entschädigung im Falle von

Rosa Santamaría, Central Nacional de Trabajadores del Campo, Honduras.



«Was machen wir mit den Ehefrauen der Kollegen, die sie festgenommen haben? Was machen wir mit ihren Familien? Die Frauen auf dem Land leiden am meisten darunter; ihnen bleibt nichts.»

Zwangsvertreibungen, Schutz von Bäuerinnen und Erhaltung indigener Kulturen. Sie legt auch einen Fokus auf das Recht, sich als Gemeinschaften zusammenzuschliessen und sich selbst zu schützen. Diese Beschlüsse sind ein wichtiger erster Schritt in Richtung einer Verbesserung der Situation von UmweltverteidigerInnen. PBI nutzt diese Schlüsseldokumente für ihre Advocacyarbeit, um die Staaten dazu aufzufordern, konkrete Schutzmassnahmen zu ergreifen.

José Bo Mo, Comunidad Las Tres Cruces, Resistencia Pacífica de Cahabón, Guatemala.



«Als PBI ins Dorf kam, fragten mich meine Nachbarn – Befürworter des Konzerns – wieso ich begleitet werde. Ich erklärte ihnen, dass es aufgrund der Bedrohungen sei, die ich erhalte. Seither behandeln sie mich nicht mehr schlecht.»

Ein Ja für verantwortungsvolle multinationale Unternehmen

Auch in der Schweiz stehen die Menschenrechte im Fokus von über 100 Organisationen, welche die Konzernverantwortungsinitiative unterstützen, darunter auch PBI. Die Aktivitäten einiger Konzerne mit Sitz in der Schweiz oder deren Tochtergesellschaften im Ausland führen zu Verletzungen der Menschenrechte der lokalen Bevölkerung und zerstören ganze Ökosysteme und Lebensgemeinschaften. Die Initiative verpflichtet daher Konzerne mit Sitz in der Schweiz, die Menschenrechte und Umweltstandards zu achten. Die Unternehmen müssen einerseits die tatsächlichen und potentiellen Auswirkungen ihrer Aktivitäten auf die Menschenrechte und die Umwelt untersuchen und die gewonnenen Informationen veröffentlichen. Zudem werden sie verpflichtet, Massnahmen zur Verhütung von Verletzungen international anerkannter Menschenrechts- und Umweltstandards zu ergreifen und bestehende Verletzungen zu beenden. Eine Bergbaufirma müsste beispielsweise vorgängig die Risiken analysieren (z. B. die Bodenverschmutzung), welche durch einen Minenbau entstehen können und gegebenenfalls Massnahmen dagegen ergreifen.

Sie müsste auch dafür sorgen, dass die ansässigen Gemeinschaften auf ihrem Land bleiben können. Diese für Unternehmen mit Sitz in der Schweiz zwingenden Bestimmungen würden schweren Menschenrechtsverletzungen vorbeugen und bekämpfen. Zurzeit liegt dem Ständerat ein Gegenprojekt zur Initiative vor. Je nach Ausgang der politischen Debatten könnte das Schweizer Volk nächstes Jahr den Gang zur Urne antreten. PBI bleibt dran.

María Ninfa Cruz, Corporación Social para la Asesoría y Capacitación Comunitaria, Kolumbien.»



«Viele Kolleginnen und Kollegen die sich für die Landrechte einsetzen, sind inhaftiert. Als Menschenrechtsverteidigerin fordere ich die Freilassung für die Gefangenen, denn wir sind keine VerbrecherInnen.»



Proteste in Honduras gegen eine Mine